



## **Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 12.07.2012

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 19:55 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Erster Bürgermeister Wersch

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele	bei TOP 3 befangen
Herr Stadtrat Aßfalg	
Herr Stadtrat Bode	
Herr Stadtrat Braig	
Herr Stadtrat Dr. Compter	
Herr Stadtrat Deeng	
Herr Stadtrat Funk	
Frau Stadträtin Goeth	
Herr Stadtrat Hagel	
Frau Stadträtin Handtmann	
Herr Stadtrat Heinkele	
Herr Stadtrat Herzhauser	
Frau Stadträtin Kapfer	
Herr Stadtrat Keil	
Herr Stadtrat Kolesch	
Frau Stadträtin Kübler	bei TOP 3 befangen
Herr Stadtrat Lemli	
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding	
Herr Stadtrat Pfender	
Herr Stadtrat Rieger	
Herr Stadtrat Dr. Schmid	
Frau Stadträtin Sonntag	
Herr Stadtrat Späh	bei TOP 3 befangen
Herr Stadtrat Walter	
Herr Stadtrat Weber	
Herr Stadtrat Wiest	

entschuldigt:

Herr Stadtrat Brenner  
Frau Stadträtin Drews  
Herr Stadtrat Zügel

Gäste:

Herr Habermann, Jugend Aktiv bis TOP 3  
Herr König, Jugend Aktiv bis TOP 3

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung  
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen  
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait  
Herr Buchmann, Kulturamt TOP 3 - 5  
Frau Christ, Stadtplanungsamt bis TOP 7  
Frau Engelhardt, Kulturamt bis TOP 5  
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg  
Herr Bürgermeister Kuhlmann  
Frau Leonhardt, Kämmereiamt  
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg  
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport  
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer  
Herr Simon, Hauptamt  
Frau Spieler, Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft ab TOP 11  
Herr Walz, Gebäudemanagement

## Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Behandlung der Tagesordnung - Flexible Nachmittagsbetreuung an der Grundschule Mettenberg	
2.1.	Bürgerfragestunde - Nachmittagsbetreuung Mettenberg	
2.2.	Bürgerfragestunde - Kulturfabrik Weberstieg	
2.3.	Bürgerfragestunde - Ideenwettbewerb Roter Bau	
3.	Antrag auf Verlängerung der Förderung der Mobilen Jugendsozialarbeit (Streetwork) von 2013 - 2015	97/2012
4.	Stadtbildsatzung - Billigung	102/2012
5.	Erlass eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Kulturfabrik Weberstieg"	104/2012
6.	Fortführung des Bebauungsplanverfahrens "Zeppelinring Ost 1"	49/2012 + 49/2012 - 1
7.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Birkenharder Straße" a) Prüfung der bei der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen b) Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB und Beschluss über die örtlichen Bauvorschriften nach § 74 LBO	99/2012
8.	Ausgleich von Kostenunterdeckungen bzw. Kostenüberdeckungen in den Wirtschaftsrechnungen 2007 - 2010 der städtischen Friedhöfe	72/2012
9.	Modernisierungsmaßnahme Laurenbühlweg 5 und 7 - Vergabe Putz- und Stuckarbeiten	106/2012
10.	2. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft Biberach	103/2012
11.	Kommunaler Bildungsplan - Kooperationsverträge 2012	93/2012
12.	Gaslieferung für die Stadt Biberach und den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft - Vergabe	107/2012
13.	Bekanntgaben - Kunst beim Räumlichen Bildungszentrum	
14.	Verschiedenes - Treffen Gemeinderat und Schützendirektion nach Schützen	

Die Mitglieder wurden am 04.07.2012 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 04.07.2012 ortsüblich bekannt gegeben.

## **TOP 1    Behandlung der Tagesordnung - Flexible Nachmittagsbetreuung an der Grundschule Mettenberg**

StRin Kübler **beantragt**, den Antrag der SPD-Fraktion vom 27.06.2012 zur flexiblen Nachmittagsbetreuung an der Grundschule Mettenberg zur Beratung auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung am 23.07.2012 aufzunehmen.

Herr Morczinietz informiert über den aktuellen Verfahrensstand. Am Dienstag der Vorwoche habe eine Informationsveranstaltung mit allen Teilorten, den betroffenen Eltern und Lehrern stattgefunden, bei dem man die Betreuungssituation und die Notwendigkeiten dargestellt habe. Der Schulträger habe Verständnis für die Wünsche gezeigt und signalisiert, dass eine Gesamtbetrachtung zwingend notwendig sei. Hierzu wolle man auch Einzelgespräche in den einzelnen Teilorten führen, um die jeweilige Situation berücksichtigen zu können. Bei diesem Termin habe ein sehr kooperativer Austausch stattgefunden und es habe keine Dissonanzen gegeben. Die Anwesenden hätten Verständnis für die Gesamtbetrachtung gezeigt. Als Ergebnis habe man festgehalten, nach den Sommerferien Gespräche in den Teilorten zu führen und hierüber Konsens erzielt.

StRin Kübler verdeutlicht, der Antrag basiere auf Wünschen der betroffenen Eltern in Mettenberg, die auf die SPD-Fraktion zugekommen seien. Ein Aufenthaltsraum und eine persönliche Betreuung seien bereits ehrenamtlich organisiert. Was noch fehle seien die Zuschüsse, wozu eine schnelle, flexible Entscheidung des Gemeinderats erforderlich sei. Sie betont, dass dies nur als Übergangslösung betrachtet werde, bis die Grundsatzentscheidung getroffen sei. Derartige Angebote schulde man der Gesellschaft, da man sonst einen Rückschritt im Vergleich zur Kindergartenversorgung hätte. Wenn man kein Angebot an einer Grundschule biete, bedeute dies auch schnell das Aus der Grundschulen in den Teilorten. Man sei sich im Klaren darüber, dass es sich in Mettenberg nur um ein abgespecktes Angebot der Nachmittagsbetreuung handeln würde. Diese Insellösung basiere aber auf enormem ehrenamtlichem Engagement im Vorfeld, was durch einen städtischen Zuschuss honoriert werden sollte.

StR Abele appelliert, aktuell keine inhaltliche Diskussion zu führen. Dass man unter Zeitdruck entscheiden müsse sei schade, da der Bedarf schon im Dezember thematisiert worden sei. Offensichtlich sei der Antrag liegengeblieben. Man teile die Einschätzung des Amts für Bildung, Betreuung und Sport, wolle aber der Initiative der Ortschaften eine Chance geben. Er schlägt vor, dass die Initiatoren ihr Vorhaben und was als Vorarbeit geleistet worden sei im Gemeinderat vorstellen könnten. Eine Stellungnahme des Fachamts sei ebenfalls erforderlich und dann könne man das Thema diskutieren. Er betont, dass eine Zustimmung zur Behandlung des Themas im Gemeinderat am 23.07.2012 noch keine inhaltliche Zustimmung bedeute.

StRin Goeth gibt zu verstehen, die Freien Wähler könnten dem Vorschlag der CDU-Fraktion zustimmen. Man wolle aber Qualität und ein Konzept und kein "Hau-Ruck-Verfahren". Eventuell könne man Mettenberg als Pilotprojekt sehen und dann im Laufe des Jahres entscheiden, wie es grundsätzlich weitergehen solle.

StR Weber lässt wissen, die Grünen unterstützten den SPD-Antrag. Er übermittelt den Dank an die Eltern und die Schule für die geleistete Vorarbeit.

StR Braig meint, wenn man einer Beratung am 23.07.2012 zustimme, sei dies ein "Hau-Ruck-Verfahren". Nachmittagsbetreuung sei notwendig, man müsse aber auch den Gleichbehandlungsgrundsatz, der ein hohes Gut sei, berücksichtigen und alle Teilorte mitnehmen. Er plädiert,

das normale Verfahren zu wählen und im Gemeinderat anhand einer Vorlage der Verwaltung zu entscheiden.

OV Boscher fragt, ob die Vorstellung nur bezogen auf Mettenberg gedacht sei und gibt zu bedenken, dass andere Ortsteile nicht weniger weit seien mit ihren Vorüberlegungen als Mettenberg.

StR Funk ist wichtig zu betonen, dass eine Vorlage zur Grundschulentwicklung generell erforderlich sei, was in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle spiele. Ohne vernünftige Verwaltungsvorlage gestalte sich eine Entscheidung schwierig und man benötige sinnvolle Strukturen.

StRin Kapfer lässt wissen, die Rektorin der Grundschule Rißegg habe auch erklärt, dass Bedarf bestehe und ein Konzept vorliege.

EBM Wersch mahnt zum Weitblick. Biete man an einer Grundschule keine Nachmittagsversorgung an, bedeute dies nicht automatisch das Aus der Grundschule. Vorstellbar seien auch Zwergschulen. Dass ein Bruch in der Versorgung zwischen Kindertagesstätte und Grundschule stattfindet, sei bisher nicht ungewöhnlich gewesen. Eine Vorlage bis zur Sitzung am 23.07.2012 sei nicht leistbar. Er gibt zu verstehen, dass im Bereich Bildung und Betreuung die Verhältnisse fast chaotische Züge hätten und es für die Verwaltung enorm schwierig sei, der geforderten Dynamik gerecht zu werden.

**Ohne weitere Aussprache wird dem Antrag von StR Abele einstimmig zugestimmt, wonach die Ortschaft Mettenberg in der Gemeinderatssitzung am 23.07.2012 ihr Konzept vorstellen soll.**

## **TOP 2.1 Bürgerfragestunde - Nachmittagsbetreuung Mettenberg**

Frau Winkler lässt wissen, Mettenberg stelle sein Konzept gerne im Gemeinderat vor. Sie habe ursprünglich fragen wollen, wie die politische Einstellung zur Nachmittagsbetreuung an Grundschulen sei, was sich durch die Beratung eben erledigt habe. Sie gibt zu bedenken, dass umliegende Ortschaften auch derartige Angebote böten und ohne eine Nachmittagsversorgung manche Eltern in Not gerieten.

EBM Wersch erwidert, auch in Biberach bestehe bereits ein Ganztagesangebot, das auch von Kindern aus den Teilorten genutzt werden könne. Es erfordere eine Qualitätsdebatte, ob man dieses Angebot auch in den Teilorten bieten wolle.

## **TOP 2.2 Bürgerfragestunde - Kulturfabrik Weberstieg**

Hans Dangel spricht die geplante Kulturfabrik Weberstieg an und zeigt sich von den Überlegungen entsetzt. In der Vorlage werde vom Schutzanspruch der Nachbarschaft gesprochen, den er zu erläutern bittet. Ebenso bittet er mitzuteilen, was es mit dem Schutzanspruch der umgebenden Gaststätten auf sich habe, der in der Vorlage genannt werde.

BM Kuhlmann verdeutlicht, man habe bewusst eine vorgezogene Bürgerbeteiligung vorgesehen, um derartige Fragen zu diskutieren. Noch sei nicht entschieden, dass das Vorhaben genehmigt werde. Man müsse mit den Betreibern eruieren, ob es Nutzungen gebe, die nicht in den Rahmen passten. Hierzu diene das vorgesehene Verfahren.

### **TOP 2.3 Bürgerfragestunde - Ideenwettbewerb Roter Bau**

Prof. Ernst erkundigt sich nach dem Verlauf des Ideenwettbewerbs zum Roten Bau und dem weiteren Zeitplan.

EBM Wersch antwortet, der Ideenwettbewerb sei am 30.06.2012 abgeschlossen worden. Noch vor der Sommerpause werde ein Vorlage zum Bedarf der Verwaltungsunterbringung an den Gemeinderat übermittelt, die man zum Anlass nehme, auch das Wettbewerbsergebnis zum Roten Bau zusammenzufassen. Im Herbst solle dann diskutiert werden, wie man mit den einzelnen Bedarfen umgehe. Dabei sollte seines Erachtens das Verfahren stringent zu Ende geführt werden und was den Roten Bau betreffe nicht weitere Jahrzehnte ruhen. Auf wenige weitere Wochen komme es aber nicht an.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 97/2012 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 02.07.2012.

Die StRe Abele, Kübler und Späh sind befangen und verlassen den Ratstisch.

Herr Habermann stellt anhand eines Powerpoint-Vortrags, der dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist, die Arbeit der mobilen Jugendsozialarbeiter ausführlich vor. Die Personalaufteilung mit drei Personen habe sich bewährt. Zirka 270 Jugendliche seien ihnen namentlich bekannt und mit zirka 50 weiteren habe man gelegentlich Kontakt. In zirka 150 Fällen habe man Einzelfallhilfen geboten. Dieses Angebot sei steigend. Er bezeichnet Jugendliche im Alter zwischen 16 und 23 Jahren als Hauptklienten. Anonymität sei für das Vertrauen sehr wichtig. Durchschnittlich seien sie drei Mal wöchentlich unterwegs auf der Straße und hätten dabei über 2 100 Kontakte gehabt. Dabei habe sich die Einzelfallhilfe zum Schwerpunkt entwickelt, wobei gut zu überlegen sei, wo man am besten ansetze. Er nennt einzelne Hilfen wie die Wohnraumsuche und Umzugshilfen und lässt wissen, dass eine eher verdeckte Wohnungslosigkeit bestehe, da manche sich bei Freunden durchschlügen oder das Problem durch versteckte Prostitution lösten. Sportangebote seien aufgrund der Hallenproblematik schwierig. Man habe nur einen Freitagabendtermin bekommen. Dies sei jedoch Ausgehtag. Hieraus habe sich dann eine Fußball-AG entwickelt.

Viele ihrer Klienten hätten Gewalterfahrung. Um diesem Problem zu begegnen, habe man ein soziales Kompetenztraining, gefördert vom Landkreis, angeboten. Zehn Personen hätten den Kurs begonnen und immerhin vier abgeschlossen, was angesichts einer Laufzeit von über dreieinhalb Monaten eine sehr gute Quote darstelle.

Mit der Finanzierung von Aktionen sei man nahe an der Grenze des Leistbaren, aber durch eine Spende der Rotarier über die Runden gekommen. Man versuche eine möglichst umfassende Erreichbarkeit zu bieten, habe feste Kontaktzeiten im Büro und sei mittlerweile auf der Straße bekannt. Als besonderes Problem stellt er die Trennung von Job-Center und Arbeitsamt dar, aus der sich eine Lücke für Hartz IV-Empfänger ergebe. Insgesamt meint er, die Streetworker seien an der Oberkante des Leistbaren. Es wird applaudiert.

StR Wiest bezeichnet die Vernetzung für diese komplexe und sensible Arbeit als wichtig. Das Konzept erscheine stimmig und man habe erkannt, dass der Standort Viehmarktstraße elementar wichtig sei. Gleiches gelte für die Kontinuität der Arbeit. Daher stelle man sich die Frage, ob die Verlängerung der Förderzeit von drei auf fünf Jahren erhöht werden solle, da es sich vermutlich um eine Daueraufgabe handeln werde. Er dankt 'Jugend Aktiv' herzlich und signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion zu den Beschlussanträgen.

StR Lemli bemerkt, die Entscheidung für Streetwork sei richtig gewesen und es handle sich um eine Daueraufgabe. Auch die Ansiedlung der Streetworker bei 'Jugend Aktiv' sei richtig, da seit Jahren erfolgreiche Arbeit geleistet werde und nicht so viel Personalwechsel stattfinde wie bei anderen Einrichtungen der Jugendarbeit, was auch für ein gutes Klima spreche. Die Arbeit bezeichnet er als überlegt und zielgerichtet und man erkenne, dass ein Konzept hinter der Arbeit stecke. Nachhaltiges Arbeiten erfordere auch verlässliche Arbeitsplätze, weshalb auch er im Hauptausschuss nachgefragt habe, warum die Förderung nicht um fünf Jahre verlängert werde.

Er stellt die Frage in den Raum, ob dies als gemeinsamer Antrag verstanden werden könnte. Es sei Wunsch der SPD-Fraktion, die Arbeit von 'Jugend Aktiv' mit einer langfristigen Förderung zu belohnen.

Auch StR Heinkele bezeichnet die Arbeit der Streetworker namens der Freien Wähler als wichtig und übermittelt hierfür den Dank der Fraktion. Die fachliche Anleitung durch 'Jugend Aktiv' erscheine wichtig und auch dass Supervision und andere Angebote gemacht würden, was beibehalten werden solle.

StR Dr. Schmid bringt vor, auch im reichen Biberach lebten Menschen mit psychosozialen Problemen. Eine professionelle, bewährte Arbeit im Kontaktladen und die Vernetzung mit anderen Institutionen seien daher wichtig und wesentlich. Der Landkreis nehme sich leider aus der Streetwork aus, obwohl viele Jugendliche aus dem Kreis nach Biberach kämen. Er appelliert, auf das Landratsamt Einfluss zu nehmen, damit dieses der Fürsorgepflicht mehr nachkomme. Er signalisiert die Zustimmung der Grünen zu allen Punkten der Vorlage und zum Vorschlag einer Verlängerung des Förderzeitraums zur Planungssicherheit, da auch er Streetwork als Daueraufgabe sehe.

EBM Wersch wirft ein, er verstehe die fünf Jahre Förderzusage als fraktionsübergreifenden Antrag.

StR Funk dankt für den Vortrag, insbesondere für die Darstellung der Erfolge. Die FDP-Fraktion stimme den Beschlussanträgen zu. Man stehe seit Jahren für Jugendsozialarbeit. Auf der Agenda bleibe aber eine ernsthafte Diskussion, ob dieser Teil der Jugendarbeit nicht doch in ein städtisches Amt gehören würde. Er bezeichnet Transparenz als wichtig, wozu eine jährliche Abrechnung gehöre, was vom Gemeinderat auf zwei Jahre verändert worden sei. Wunsch der FDP-Fraktion sei es, dass die Berichte von 'Jugend Aktiv' und 'Lilienthal' zeitgleich vorgelegt würden und man habe von 'Jugend Aktiv' eine Spartenabrechnung erbeten, was der Vorsitzende zugesagt habe. Aufgenommen habe er aus der Diskussion auch, dass ein Haus in der Innenstadt sehr wichtig sei. Diese Meinung habe die FDP-Fraktion auch immer zum Jugendhaus vertreten. Man sei daher gespannt auf die Entwicklung der Standortsuche.

EBM Wersch verdeutlicht, man müsse sich im Klaren darüber sein, dass 350 Jugendliche betreut würden, wobei man Arbeit für die Menschen im Kreis leiste. Daher sei der Gedanke richtig, bei den Kreisräten initiativ zu werden, es sei aber immer die Frage, auf welchen Geist derartige Überlegungen träfen. Das Biberacher Engagement sei aber nicht von einem Kreisengagement abhängig.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

- 1. Die Mobile Jugendsozialarbeit wird weiterhin mit einem Stellenumfang von 2,0 Stellen betrieben.**
- 2. Hierfür werden Jugend Aktiv e.V. Mittel in Höhe von bis zu 106.400 € jährlich zur Verfügung gestellt.**
- 3. Die Förderung umfasst den Zeitraum 1.1.2013 bis 31.12.2017.**
- 4. Die Mittel werden auf Haushaltsstelle 1.4600.718400 bereitgestellt.**
- 5. Die Mobile Jugendsozialarbeit erfolgt auf Basis der im Jahr 2010 durch Jugend Aktiv e.V. vorgelegten Konzeption.**



EBM Wersch schlägt vor, den Punkt von der Tagesordnung abzusetzen. Am Vortag habe man ihm mitgeteilt, dass der Bauausschuss inhaltliche Änderungen beschlossen habe, die Änderungssatzung aber noch nicht vorliege. Daher wolle man das Thema in der Sitzung am 23.07.2012 behandeln.

**Hierzu besteht Einvernehmen, weshalb der Punkt von der Tagesordnung abgesetzt wird.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 104/2012 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 05.07.2012.

BM Kuhlmann stellt die Ideen des Betreiberprojekts vor. Er betont, dass die Finanzierung im wesentlichen privat erfolgen solle und der Investor nach Fördermitteln und Sponsoren suche. Vom Programm fände man es eine tolle Geschichte für Biberach und eine gute Ergänzung am Weberberg. Er spricht von einem Glücksfall, wobei zu klären sei, ob das Vorhaben mit der angrenzenden Wohnnutzung kompatibel sei. Dabei nennt er Fragen des Zugangs, der Betriebszeiten, des Schallschutzes und ähnliches mehr.

StR Kolesch bezeichnet das Projekt als sehr ambitioniert und Chance für Biberach, das aber auch Sorgen bei den Anwohnern auslöse. Mit dem vorgesehenen Verfahren wolle man versuchen, beides unter einen Hut zu bekommen, weshalb der Verfahrensvorschlag sehr gut sei. Es würden nicht nur die direkten Angrenzer beteiligt, sondern alle im Umfeld. Betrachte man das Vorhaben losgelöst, wäre es ein hervorragendes Angebot. Die Initiatoren zeigten viel Eigeninitiative, es bedeute aber auch ein hohes finanzielles Risiko. Man habe klargemacht, dass es nicht sein könne, dass das Projekt irgendwann von der Stadt alimentiert werde. Das Projekt müsse sich selbst tragen oder durch Fördermittel Dritter. Das Projekt befinde sich in einem Gebiet, in dem in den letzten Jahren viel in Wohnnutzung investiert worden sei, was man auch als Ziel der Innenstadtentwicklung formuliert habe. Das Leben in der Innenstadt müsse lohnens- und lebenswert sein. Er hätte das Gebiet eher als Kerngebiet denn als Mischgebiet definiert, aber vermutlich unterscheide sich dies nicht groß. Man wäre erfreut, wenn das Verfahren zu einem positiven Ergebnis und Konsens mit den Anwohnern führe. Man müsse aber auch thematisieren was geschehe, wenn das Konzept nicht aufgehe und Umnutzungen gefordert würden.

StRin Kübler meint, von einem Glücksfall zu sprechen sei verfrüht. Das Projekt höre sich aber einladend an und wäre eine spannende Umnutzung für die Brauerei und die Entwicklung des Quartiers. Sie bezeichnet es als erfreulich, dass immer wieder risikofreudige und innovative Menschen sich Gedanken machten. Diese seien im konkreten Fall nicht blauäugig, sondern bereits vieles bedacht. Als wichtig bezeichnet sie eine hohe Transparenz des Verfahrens und dass die Nachbarschaft mitgenommen werde. Daher sei man dankbar für das ergebnisoffene Verfahren, das die Möglichkeit biete, es jederzeit zu stoppen, wenn keine nachbarschaftsfreundliche Lösung erzielt werden könne.

StR Rieger meint, das Projekt habe Charme und man könnte sich glücklich schätzen, wenn aus der Industrieruine etwas Neues entstehen würde. Er habe aber Verständnis für die Skepsis der nahen Wohnbebauung, weshalb ein sehr sensibles Vorgehen wichtig sei und eine transparente Beteiligung der Anwohner. Er hält den Weberberg auch was Rettungswege betrifft für sensibel.

StR Weber meint, mit diesem Projekt eine andere Kultur in die Kulturszene bringen zu können, täte gut. Er bezeichnet die Idee als wunderbares Juwel mit viel Kreativität, was man positiv begleite. Könnte das Projekt im Roten Bau realisiert werden, wäre dies uneingeschränkt toll. An der gedachten Stelle sei es wichtig, die Anwohner mitzunehmen. Er fragt, wie die Erschließung und Parkierung gedacht seien. Er äußert die Hoffnung, dass vielleicht etwas erreicht werden könne, mit dem alle leben könnten.

StR Braig meint, zu dem künstlerischen Konzept müsse noch mehr Substanzielles, weshalb noch keine Bewertung des Projekts möglich sei. Er bezeichnet es als wichtig, dass ein transparentes Verfahren gewählt werde mit frühzeitiger Beteiligung der Öffentlichkeit.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Für das Grundstück Weberberggasse 37, Flst. 26 der Gemarkung Biberach wird nach § 12 BauGB i. V. m. § 2 Abs. 1 BauGB ein vorhabenbezogener Bebauungsplan mit Vorhaben- und Erschließungsplan aufgestellt. Der Vorhaben- und Erschließungsplan wird vom Vorhabenträger "Weberstieg Kulturfabrik" ausgearbeitet.**
- 2. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB wird in Form einer Informationsveranstaltung mit Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung der Planung durchgeführt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 49/2012 zur Beratung vor. Sie wurde im Bauausschuss am 05.07.2012 vorberaten. Hierauf wurde Drucksache Nr. 49/2012 – 1 erstellt, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

BM Kuhlmann stellt die Planung vor, die auch die Chance biete, eine attraktivere Fußweganbindung in die Innenstadt zu ermöglichen.

StR Kolesch meint, es handle sich um die letzte größere Entwicklungsfläche direkt am Ring. Die CDU-Fraktion begrüße die Entwicklungsmöglichkeiten sehr, die der Stadt und der Zentralitätsfunktion dienen. Zwar sei man sehr für innerstädtisches Wohnen, dieses Gebiet sei aber prädestiniert für Dienstleistungsnutzung, um den mittelfristigen Bedarf für Dienstleistungs- und Bürofläche abzudecken. Er appelliert, die Planung so flexibel zu gestalten, dass auch eine umfassende Dienstleistungsnutzung möglich sei. Es sei durchaus auch wieder mehr Geschosswohnungsbau vorstellbar, hierfür sei das Gebiet aber nicht prädestiniert. Er plädiert, unbedingt Variante 2 zu verwirklichen, da dies die günstigste Lösung zur Schaffung von zusätzlichem Parkraum darstelle, da sämtliche Infrastruktur hierfür bereits vorhanden sei und damit die Kosten je Stellplatz wesentlich günstiger würden als an einem anderen Standort. Die CDU-Fraktion habe auch die klare Tendenz, dass damit auch das Angebot öffentlicher Stellplätze erweitert werde und nicht nur private Stellplätze geschaffen würden.

EBM Wersch weist darauf hin, dass die Debatte um das Parkhaus am 23.07.2012 erfolgen könne.

StRin Kübler meint, mit dem Bebauungsplan biete sich die Möglichkeit, eine unschöne Lücke zu schließen und das Areal aufzuwerten. Arbeitsplätze und verdichteter Wohnraum in zentraler Lage bedeuteten kurze Wege. Die SPD-Fraktion spreche sich für eine Mischnutzung aus, wobei die Dienstleistungen am Ring angesiedelt und abgeschlossen von der Straße Wohnraumnutzung erfolgen könne. Der Parkraum sei ein wichtiger Aspekt und eine Erweiterung des Parkhauses Ulmer Tor wäre ideal. Es müsse aber von den Stadtwerken entschieden werden, ob es passe. Ein kleines Problem stelle die Verkehrsführung dar.

StRin Goeth bezeichnet die Pläne als sehr interessant. Aus einem vernachlässigten Areal könne damit ein Schmuckstück werden. Ähnlich wie die CDU-Fraktion seien die Freien Wähler dafür, Flexibilität bei den Nutzungsmöglichkeiten zu wahren. Sie mahnt, kein weiteres Defizitprojekt wie das Steigerlager zu schaffen und bezeichnet das Investitionsprogramm als ehrgeizig.

StR Weber führt aus, an dieser Stelle könnte das Hallenbad stehen, man sei aber auch mit der aktuellen Entwicklung zufrieden. Dabei sprächen sich die Grünen für verdichtete Wohnbebauung aus. Zum Parkhaus habe man eine etwas andere Meinung, da man finde, dass in naher Zukunft ohnehin ein anderes Mobilitätsverhalten vorherrschen werde.

StR Braig empfiehlt, das gesamte östliche Gebiet anzusehen, wenn es um Stellplatzbedarf gehe. Dabei nennt er den Bahnhof, die Bahnhofstraße und die Vollmerstraße. Ein Parkhaus mit öffentlichen Geldern baue man dann, wenn es am richtigen Platz errichtet werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Für den im Lageplan des Stadtplanungsamts vom 15.02.2008 , Plan Nr 08-006 bandiert umrandeten Bereich wird der Bebauungsplan "Zeppelinring Ost I" auf der Grundlage von § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 13a BauGB fortgeführt. Die Inhalte der städtebaulichen Rahmenplanung vom 22.06.2012 werden dem Bebauungsplan zu Grunde gelegt.**

- TOP 7    Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Birkenharder Straße"**
- a) Prüfung der bei der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen**
  - b) Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB und Beschluss über die örtlichen Bauvorschriften nach § 74 LBO**

**99/2012**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 99/2012 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 05.07.2012.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat bei 5 Enthaltungen (StRe Bode, Braig, Funk, Sonntag, Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

**Beschluss:**

- 1. Die in Drucksache Nr. 99/2012 formulierten Stellungnahmen der Verwaltung zum Vorbringen betroffener Bürger und Träger öffentlicher Belange werden gebilligt und die Verwaltung ermächtigt, ihre Stellungnahmen dem jeweiligen Vorbringer gem. § 3 Abs. 2 S. 4 BauGB mitzuteilen als das Ergebnis der Prüfung seiner Anregungen.**
- 2. Der Bebauungsplan "Birkenharder Straße", Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 902/22 vom 15.06.2012 Index 2 im Maßstab 1 : 500 wird nach § 10 BauGB als Satzung beschlossen.**
- 3. Die örtlichen Bauvorschriften werden i. d. F. vom 15.06.2012 nach § 74 LBO i. V. m. § 4 GemO Baden-Württemberg für den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 902/22 als Satzung beschlossen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 72/2012 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte in öffentlicher Sitzung des Hauptausschusses am 02.07.2012.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Der Fehlbetrag aus dem Jahr 2007 in Höhe von 31.529,44 € wird mit dem Überschuss aus dem Jahr 2008 in Höhe von 51.737,13 € verrechnet.**
- 2. Der verbleibende Überschuss aus dem Jahr 2008 in Höhe von 20.207,69 € und der Überschuss aus dem Jahr 2009 in Höhe von 60.768,08 €, zusammen 80.975,77 € werden mit dem Fehlbetrag aus dem Jahr 2010 in Höhe von 204.927,64 € verrechnet.**
- 3. Auf einen Ausgleich des verbleibenden Fehlbetrages aus dem Jahr 2010 in Höhe von 123.951,87 € wird verzichtet.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 106/2012 zur Beschlussfassung vor.

StR Kolesch meint, es sei eine Harmonisierung der Verfahren in der Verwaltung erforderlich. Man habe in allen Gremien die gleichen Ansprüche an die Informationsqualität, erwarte also Aussagen zum Kostenplan und anderes mehr. Dies habe man dem Baudezernat mitgeteilt. Er habe nicht verstanden, warum teilweise Einzelangebote in einer nichtöffentlichen Anlage beigefügt würden und in anderen Fällen Teil der öffentlichen Vorlage seien.

EBM Wersch versichert, man werde versuchen, künftig ein einheitliches Vorgehen zu gewährleisten. Ob die Angebotsübersicht öffentlich oder nichtöffentlich erfolgen müsse, könne man gerne mit der Geschäftsstelle des Gemeinderats klären, wobei dieser Teil für die Öffentlichkeit nicht von Interesse sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Die Ausführung der Putz- und Stuckarbeiten wird an die günstigste Bieterin, die Firma Faller Malerfachbetrieb, Bussardweg 8, 76199 Karlsruhe, auf der Grundlage ihres Angebots vom 05.06.2012 in Höhe von 122.282,44 € vergeben.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 103/2012 zur Beschlussfassung vor.

EBM Wersch macht darauf aufmerksam, dass in Ziffer 2 des Beschlussantrags vor der Zahl 100 000 Euro das Wort "über" eingefügt werden muss.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Die 2. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft Biberach wird beschlossen (siehe Anlage zu Drucksache 103/2012).**
- 2. Der Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft wird verpflichtet, nach Vergabevorgängen im Baubereich von über 100.000 € im Einzelfall dem Gemeinderat eine schriftliche Information über Vergabe, Baustellenverlauf, Entwicklung von Terminen und Kosten vorzulegen (Berichtswesen).**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 93/2012 zur Information vor.

Herr Dr. Riedlbauer geht näher auf die Vorlage ein und verdeutlicht, die Kooperationen würden nachgefragt und man erhalte immer wieder Hinweise, dass sie nicht an der Finanzierung scheitern dürften. Hätte man allen Anträgen zustimmen wollen, wäre die doppelte Fördersumme erforderlich gewesen. Daher habe man in erster Linie neue Projekte und solche mit garantierter Nachhaltigkeit in der Jury berücksichtigt. Er spricht dem Gemeinderat großen Dank für den weit-sichtigen Gemeinderatsbeschluss aus, der Grundlage für wertvolle Projekte zur Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sei.

StR Abele zeigt sich erfreut, dass das Projekt so gut angenommen werde und äußert die Hoff-nung, dass auch eine gute Umsetzung gelinge. Er bittet, in einem halben Jahr oder einem Jahr über die Umsetzung zu berichten. Ferner erkundigt er sich nach den Bewertungskriterien und welche Projekte nicht genehmigt worden seien.

StRin Kübler gibt zu verstehen, mit einem so großen Interesse habe man nicht gerechnet. Dies sei Beweis für die große Bedeutung und wie wichtig es sei, Lernen über ungewöhnliche neue Wege zu fördern. Für die SPD-Fraktion sei die Fortführung des Projekts in 2013 außer Frage und man wäre bereit, bereits aktuell über die Aufstockung nachzudenken, wenn manche Projekte mangels finanzieller Mittel nicht gefördert werden konnten.

Auch die Freien Wähler zeigten sich außerordentlich erfreut über die Resonanz, die Vielseitigkeit und Qualität der Projekte, bemerkt StRin Goeth. Und sie hielten es für vorstellbar, die Mittel auch 2013 wieder zu genehmigen. Sie bittet darzulegen, was sich hinter dem Fremdsprachenprojekt verberge.

StR Späh dankt namens der Grünen für die Information und zeigt sich erfreut über den Zuspruch. Dieser zeige, dass der kommunale Bildungsplan die richtige Ergänzung darstelle. Auch die Grünen könnten sich 2013 eine Weiterführung vorstellen. Er spricht sich ebenfalls für einen Bericht zur Umsetzung aus. Da in der Jury nur drei Verwaltungsvertreter saßen fragt er, warum keine Schul-leiter oder andere Beteiligte vertreten seien.

StR Funk bezeichnet den Bericht als wichtig und hat dieselben Fragen wie StR Abele.

EBM Wersch lässt wissen, die Jury-Zusammensetzung sei vom Gemeinderat festgelegt worden. Es sei auch nur bedingt zu empfehlen, Betroffene in die Jury aufzunehmen.

Herr Dr. Riedlbauer lässt wissen, man habe eine Projektförderung abgelehnt, wenn beispielsweise kein erkennbares Finanzierungskonzept vorgelegt worden sei, das Projekt eine zu kurze Laufzeit gehabt oder es sich nur um eine Nachfinanzierung eines bereits bestehenden Projekts gehandelt habe. Ebenfalls abgelehnt habe man verspätet eingegangene Anträge oder wenn diese zu unkonkret gewesen seien.

Eine Förderung erhielten Autorenlesungen der weiterführenden Schulen mit der Stadtbücherei, eine Kompositions-AG der Dollinger-Realschule und der Jugendmusikschule, die Auslobung eines

Matthias-Erzberger-Preises, was die Würdigung einer Abschlussarbeit in einem gesellschaftswissenschaftlichen Fach und nicht nur in einem naturwissenschaftlichen Fach bedeute.

Das Fremdsprachenprojekt sei eigentlich dreiteilig, wobei man sich nur für das Spanischprojekt entschieden habe, da es sich um ein neues Projekt handle und für die Sprache Französisch bereits Förderungen bestünden. Für weitere Fächer müsse man abwarten, was beantragt werde. Im Zweifel hätten neue Projekte immer Priorität vor bestehenden Projekten. Vier Anträge seien qualitativ unzulänglich gewesen.

**Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 107/2012 zur Beschlussfassung vor.

EBM Wersch bemerkt, Angebote lägen oft eng beieinander und dieses Mal habe der eigene Energieversorger Pech gehabt. Aus städtischer Sicht sei aber positiv, dass unnötige Kosten vermieden würden.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Die Gaslieferung für die Stadt Biberach und den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft wird in den Losen 1 und 2 an den günstigsten Bieter Stadtwerke Cottbus vergeben.**

### **TOP 13 Bekanntgaben - Kunst beim Räumlichen Bildungszentrum**

BM Kuhlmann lässt wissen, man habe in den Wettbewerb zusätzlich die Herren Braig und Schäfer eingebunden und damit den Wunsch nach regionaler Beteiligung erfüllt.

## **TOP 14    Verschiedenes - Treffen Gemeinderat und Schützendirektion nach Schützen**

StR Keil bringt vor, das gemeinsame Treffen von Gemeinderat und Schützendirektion nach dem Montagsumzug sei immer Tradition gewesen. Die SPD-Fraktion werde dieses Mal nicht beim Umzug mitlaufen. Um Spekulationen zu vermeiden, kündige er dies an.

StR Funk tätigt den Zwischenruf "Schade".

StR Keil meint, dieser Einwurf bestätige, dass ein Denken vorherrsche, wonach es gut sei, dass Personen gewechselt hätten. Dies treffe menschlich und politisch.

**Gemeinderat, 12.07.2012, öffentlich**

**Zur Beurkundung:**

Vorsitzender:	.....	EBM Wersch
Stadtrat:	.....	Wiest
Stadtrat:	.....	Keil
Schriftführerin:	.....	Appel
Gesehen:	.....	BM Kuhlmann